

staatlicher Bereiche sind, z.B. je ein Vorsitzender des Rates eines Bezirks, ein Erster Bezirkssekretär, ein Universitätsrektor, ein Oberbürgermeister. Zwar gewinnt ein Erster Parteisekretär durch die Übernahme des Vorsitzes im Staatsrat nicht viel an Macht hinzu, aber er kann protokollarisch stärker auch im staatlichen Bereich hervortreten.

### Eine Alternative ist nicht in Sicht

Die Ära Honecker hat trotz verschiedener innerer Schwierigkeiten relativ reibungslos begonnen. Honecker hat sich als Parteichef der SED unerwartet schnell eingearbeitet. Der einstige harte linke Flügelmann im Politbüro entwickelt sich zu einer „integrierenden“ Kraft. Hoffnungen darauf, daß die Ära Honecker nur eine Zwischenphase sein wird, dürften unbegründet sein. Neben Honecker ist gegenwärtig jedenfalls keine personelle

Alternative erkennbar. Ebenso sollte man nicht auf künftige Fraktionskämpfe oder gar einen Zerfall des Führungskollektivs bauen. Die gegenwärtige Lage ist für die SED-Führung zwar recht kompliziert, doch gerade in dieser Situation ist ein Zusammenhalt des Führungskollektivs wahrscheinlich, zumal es kein profiliertes Politbüro-Mitglied gibt, das sich aussichtsreich an die Spitze einer Gegengruppe stellen könnte. Honecker gehört zu den Senioren im Politbüro (seit 1950 Kandidat, seit 1958 Mitglied). Ein Jahrzehnt hat er unter Ulbricht die Kaderpolitik der SED maßgeblich geprägt und Personen seines Vertrauens den Weg in Schlüsselpositionen geebnet. Aus diesem Grunde wurden jetzt auch keine erheblichen Umbesetzungen erforderlich. Honecker hat die Partei trotz vorhandener Verunsicherungsmomente fest in der Hand. An allen wichtigen Schaltstellen sitzen seine Vertrauensleute, die vielfach wie er aus der Jugendarbeit hervorgegangen sind.

## Sozialkonflikte in Israel

### Ein Beispiel einer schwer zu bewältigenden Gruppenintegration

Der Waffenstillstand mit Ägypten, der seit August 1970 in Kraft ist, und das Abflauen der Aktivität arabischer Terroristen brachten für die Bevölkerung Israels eine fühlbare Entlastung. Zwar rechnet man immer noch mit der Möglichkeit eines Krieges, aber die Entspannung war in den letzten zwei Jahren immerhin so weit gediehen, daß zunehmend die *inneren Probleme des Landes* an die Oberfläche treten konnten. Zudem folgte auf den Sechstagekrieg eine Periode wirtschaftlicher Prosperität, wie sie das Land nie gekannt hat. In ihrem Gefolge sind nun auch die sozialen Unterschiede und Gegensätze größer und vor allem bewußter geworden. Die latenten Spannungen münden nun gelegentlich in explosionsartige Ausbrüche sozialer Unzufriedenheit. Die Demonstration „schwarzer Panther“ oder wohnungssuchender Ehepaare sind nur die wenig erheblichen Symptome einer Entwicklung, deren Ursachen so vielschichtig sind wie das Land selbst.

### Sozio-kulturelles Ungleichgewicht

Am augenfälligsten sind die *Spannungen zwischen Juden orientalischer und europäischer Herkunft*. Diese werden von arabischen Propagandisten nicht ungerne ausgenutzt, um zu zeigen, daß es in Israel ein Rassenproblem und eine Rassendiskriminierung nicht nur gegenüber den Arabern, sondern auch gegenüber den orientalischen Juden gebe.

Die jüdische Diaspora ist wegen der vielen jüdischen Gruppen unterschiedlicher Kultur und Sprache so vielfältig, daß sie niemals eine homogene Gemeinschaft bilden konnte. Verbunden sind die einzelnen Gruppen durch eine (fiktive) gemeinsame Abstammung und Religion. Da das Judentum aber keinerlei zentrale Institutionen besitzt, ist selbst die religiöse Gemeinschaft oft eher ideeller als faktischer Natur.

Der Masseneinwanderung von Angehörigen der verschiedensten Gruppen in Israel, auch „Sammlung der Exile“ genannt, sollte nicht zuletzt die Einebnung der Unter-

schiede folgen, wie sie durch Exil und Diaspora bedingt waren. Es ging dabei in gleicher Weise um eine kulturelle, soziale und ökonomische Integration. Maßstab für diese Integration wurden die Gruppen aus Mittel- und Osteuropa, welche die ersten Einwanderer waren. Sie hatten den Staat gegründet. Sie weisen das höchste kulturelle und zivilisatorische Niveau auf.

Dank der gemeinsamen Schulen (und der allgemeinen Schulpflicht) ist die kulturelle Integration wenigstens *sprachlich* weitgehend gelungen: Hebräisch ist die gemeinsame Sprache aller Israelis. Die Sprachschranke zwischen den Gruppen ist spätestens in der zweiten Generation gefallen. Vollkommen gelungen ist auch die *politisch-militärische Integration* in der Armee, die sehr viel mehr als die Schulen zum Schmelztiegel wurde.

Dagegen ist die *soziale Integration* trotz größter Anstrengungen nicht sehr weit gediehen. Entscheidend waren hier die übergroßen sozio-kulturellen Unterschiede: Der marokkanische Jude aus dem Atlas unterscheidet sich von einem sehr armen französischen Juden kaum weniger als der marokkanische Fellache vom französischen Kleinbürger. Es war von Anfang an deutlich, daß es nicht sehr leicht sein würde, das Niveau der orientalischen Juden (die auch unter sich ein sehr starkes Gefälle aufweisen) dem Niveau der europäischen oder amerikanischen Juden anzugleichen. Nach 25 Jahren zeigt sich nun, daß sowohl das sozio-kulturelle Gefälle und in dessen Gefolge das sozio-ökonomische Gefälle zwischen den Gruppen immer noch erheblich ist. Es gelangen zwar bemerkenswerte Anhebungen auf der untersten Stufe. Es gibt bei den orientalischen Juden der jüngeren Generation faktisch keine Analphabeten mehr. (Unter den Neueinwanderern dieser Gruppe waren fast 25%, insbesondere Frauen, ohne jede Schulbildung.) Doch gibt es zwischen den Facharbeitern europäischer und den ungelerten Arbeitern orientalischer Herkunft große Einkommensunterschiede. Hinzu kommt der bedeutend größere Kinderreichtum der Juden aus orientalischen Ländern.

Auch die Hoffnung, das Bildungsgefälle zwischen Orientalen und Europäern innerhalb einer Generation zu beseitigen, hat sich nicht erfüllt. Der Anteil von orientalischen Schülern an Oberschulen und Universitäten liegt immer noch unter 10% bei einem Anteil der orientalischen Juden an der Gesamtbevölkerung von 55%. Die geringeren Bildungschancen der orientalischen Kinder sind nur einer der Gründe dafür. Noch wichtiger als die Chancenverschiedenheiten sind die gänzlich verschiedenen sozialen Zielvorstellungen.

Die europäischen Juden sind ihrer sozialen Herkunft nach überwiegend Kleinbürger. Ihre sozialen Zielvorstellungen sind aber die des unteren Mittelstandes. Selbst jüdische Handwerker und Kleinhändler versuchen, ihren Kindern eine höhere Bildung und damit bessere Aufstiegschancen zu vermitteln. Die soziale Schicht, der man angehörte, galt niemals als selbstverständlich. Der soziale Aufstieg wurde immer erstrebt, nicht zuletzt deshalb, weil dieser die einzige Möglichkeit faktischer Emanzipation war. Dieser Bildungsimpetus fehlt weitgehend bei den orientalischen Juden, die ihrer Umwelt assimiliert waren.

Andere Zielvorstellungen bestimmen auch das Verhältnis der orientalischen Juden zum Staat und zur Gesellschaft. Die europäische Gründergeneration setzt sich aus Einwanderern zusammen, die entweder freiwillig nach Palästina kamen, um das Land zu einer jüdischen Heimstatt aufzubauen, oder die unter dem Zwang der Verfolgung in Israel eine Zuflucht gefunden haben. Diese Gründergeneration wurde von einem sehr starken Pioniergeist bewegt. Ihr Sinnen war auf den Aufbau einer idealen jüdisch-sozialistischen oder einer jüdisch bürgerlichen Gesellschaft gerichtet, in jedem Fall auf eine soziale Gesellschaft religiöser oder laizistischer Prägung. Sie zeichneten sich durch ihren starken Aktivismus aus. Die wirtschaftliche Rangstellung des Einzelnen bestimmte keineswegs seine Bedeutung in der Gesellschaft. Die Gründer lebten noch ganz im Bewußtsein der individuellen Aufbauleistung. Sie schätzten den Arbeiter eher höher als den erfolgreichen Kaufmann oder Unternehmer. In den landwirtschaftlichen Siedlungen (ganz zu schweigen von den sozialistischen kooperativen Siedlungen) hat Besitz niemals den sozialen Status bestimmt. Aber auch in den Städten, wo von Anfang an eine bürgerliche Gesellschaft entstand, wurden die sozialen Maßstäbe in der israelischen Gesellschaft nur in geringem Umfang von den besitzenden Schichten gesetzt.

### Mißlungene Integration der Orientalen

Die orientalischen Einwanderer standen unter ganz anderen Voraussetzungen. Sie wanderten eher in einer naiven messianistischen Stimmung ein, sie kehrten in ein verheißenes Land zurück. Der Pioniergeist konnte in diesen Gruppen kaum geweckt werden, genausowenig wie das Bewußtsein für die Notwendigkeit, ein Land und eine Gesellschaft aufzubauen. Zu leistende Arbeit blieb bei den orientalischen Juden vor allem anderen Brot-erwerb. Die Situation dieser Gruppe wurde dadurch erschwert, daß sie auch faktisch die unterste soziale Schicht bilden: Sie besaßen in ihrer Masse keine oder kaum brauchbare Berufe, und sie konnten ihren Platz in der Wirtschaft des Landes nur auf der untersten Stufe als ungelernete Arbeiter, in den schlechtest bezahlten Positio-

nen des öffentlichen Dienstes, als Kleinhändler u. a. finden. Der wirtschaftliche Status wurde bei ihnen durch nichts kompensiert, so daß dieser auch zum sozialen Status wurde.

Im Gegensatz zu den europäischen Juden wanderten die Orientalen oft als Großfamilien ein, so daß der Zwang zur individuellen sozialen Integration nur gering war. Das gesellschaftliche Verantwortungsgefühl ist eher an die Großfamilie, manchmal auch an die landsmannschaftliche Gruppe gebunden. Es gibt unter den orientalischen Juden zwar viele Wähler sozialistischer Parteien, aber nur relativ wenige Sozialisten. Die Einordnung in sozialistische Gemeinschaften ist ihnen aus den obengenannten Gründen erschwert oder unmöglich. Als Genossen in den Kibbuzim sind Orientalen ebenfalls immer noch die Ausnahme.

Trotz ihres hohen Anteils an der Gesamtbevölkerung ist ihr Einfluß und ihre Bedeutung in der Politik noch recht gering: Nur 20% der Knessetabgeordneten, nur 3% der hohen Regierungsbeamten und nur einer von den 18 Ministern sind Orientalen. Dies liegt nicht nur daran, daß die meisten von ihnen zu einem Zeitpunkt einwanderten, als die Schlüsselpositionen von Europäern bereits besetzt waren. Es liegt auch nicht daran, daß diese Gruppen diskriminiert werden, denn in jedem Falle sind ihre Wählerstimmen viel zu gewichtig, als daß irgendeine Partei darauf verzichten könnte.

Zum kulturellen und sozialen Gefälle zwischen orientalischen und europäischen Gruppen kommt dann noch die Abschließung der Kommunitäten gegeneinander, welche keineswegs nur auf Antipathien zurückzuführen ist. Unter den ihrer Herkunft nach sehr verschiedenen europäischen Juden sind Eheschließungen ungeachtet des sozialen Status und verschiedener Herkunft häufig. Ehen zwischen Orientalen und Europäern nehmen dagegen nur langsam zu. Von hundert geschlossenen Ehen waren im Jahre 1960 14,5 Ehen zwischen Orientalen und Europäern (5 zwischen Orientalen und Europäerinnen), 1969 waren es 17 (9 zwischen Orientalen und Europäerinnen [Angaben nach Statistical Abstract of Israel 1971]). Die Eheschranke besteht auf beiden Seiten und ist wohl vor allem anderen auf das Fortbestehen der Großfamilien bei den Orientalen und auf die Stellung der Frau in diesen Gruppen zurückzuführen. Während die Frau bei den europäischen Juden weitgehend emanzipiert ist, entspricht sie bei den Orientalen in manchem noch der früheren orientalischen (d. h. überwiegend arabischen) Umwelt: Sie erhält nur eine minimale Schulbildung, heiratet früh, gebiert häufig und ist dem Manne im Sinne des Wortes untertan. Für eine europäische Jüdin ist es daher sehr schwer, in eine orientalische Familie einzuheiraten und sich den Ansprüchen des Mannes anzupassen. Umgekehrt fällt es den Orientalinnen schwer, sich aus ihrer Gruppe zu lösen und europäischen Ansprüchen gerecht zu werden. Nur der bereits einsetzende Verfall der Großfamilie und die Emanzipation der orientalischen Jüdin werden die bestehenden Schranken zwischen den Gruppen endgültig beseitigen.

Die orientalischen Juden fühlen sich gegenüber den europäischen Juden minderwertig, und dieses Minderwertigkeitsgefühl ist ein fruchtbarer Boden für Ressentiments aller Art, die auf der anderen Seite neue Ressentiments wecken.

Da die Einsicht in die objektiven Ursachen der Unterschiede meist fehlt, kann der Vorwurf der Diskriminierung oder Ausbeutung der Orientalen sehr leicht aufgenommen. Nicht zu übersehen ist in der ersten Generation der Einwanderer ein engmaschiger *landsmannschaftlicher Protektionismus* auf allen Gebieten, der oft von Vorurteilen gezeugt ist und weitere Vorurteile und Mißtrauen entstehen läßt: Mitteleuropäer begünstigen Mitteleuropäer und halten nur solche für leistungsfähig, Osteuropäer begünstigen Osteuropäer und fürchten oder verabscheuen den Perfektionismus der Mitteleuropäer etc.

Dennoch wäre es falsch, global von Diskriminierung zu sprechen. Es ist das erklärte Ziel aller beteiligten Institutionen, die orientalischen Juden voll und sobald wie möglich zu integrieren, weil jeder weiß, daß das Schicksal des Staates nicht zuletzt von dieser Integration abhängt.

Auf diesem Hintergrund sind die *Unruhen* des Jahres 1971 zu verstehen. Eine Gruppe von orientalischen Jugendlichen hatte sich zu einer Bewegung zusammengesetzt mit dem Ziel, die Lebensbedingungen der orientalischen Juden zu verbessern. Diese Gruppe nannte sich sinnigerweise „Schwarze Panther“ — allerdings ohne jeden Bezug zur gleichnamigen Negerbewegung in den USA. Die Angehörigen dieser Gruppe, deren aktiver Kern kaum mehr als 100—150 Personen zählen soll, sind in der Tat unterprivilegiert: Sie sind zum Teil vorbestraft, wurden aufgrund der Vorstrafen nicht in die Armee aufgenommen und erhalten daher nur mit Mühe einen Arbeitsplatz. Die meisten von ihnen kommen aus den Elendsvierteln in Jerusalem und Tel Aviv. Die „Schwarzen Panther“ machten sich die Taktiken der neuen Linken zu eigen und traten mit aufsehenerregenden Demonstrationen hervor, um auf ihre Benachteiligung aufmerksam zu machen. Bezeichnenderweise ist es bisher keiner der kleinen Parteien der neuen Linken gelungen, die „Schwarzen Panther“ für sich zu gewinnen. Genauso bezeichnend ist es aber, daß die Öffentlichkeit und auch die Regierung durch diese Demonstrationen für die Ansprüche und Bedürfnisse besonders der unterprivilegierten Orientalen sehr hellhörig wurden und daß wieder neue Programme für die Bildungsförderung und die Förderung der gefährdeten und straffälligen Jugend inaugurieren wurden.

### Neue Konflikte künden sich an

Während das Problem der Integration der Orientalen im Vordergrund steht, vollzieht sich in Israel eine neue soziale Umschichtung. Diese könnte die Verhältnisse in den nächsten Jahren erheblich verändern. Auf der einen Seite brachte die Besetzung großer arabischer Gebiete einen Zuwachs an arabischer Bevölkerung, die zwar nicht dem Staat integriert ist, aber bereits einen erheblichen Einfluß auf dessen Wirtschaftsleben und Sozialgefüge nimmt. Auf der anderen Seite nahm die Einwanderung aus den hochzivilisierten Ländern und aus der Sowjetunion zu, und dieser neue Typ des Einwanderers muß auf eine neue Weise integriert werden.

Die *Araber* verändern das Sozialgefüge an der Basis. Etwa 30 000—40 000 arabische Arbeitnehmer kommen täglich aus den besetzten Gebieten nach Israel, um dort zu arbeiten. Diese Araber sind vor allem im Bauwesen und in der Landwirtschaft beschäftigt. Sie sind in der gegenwärtigen Phase der wirtschaftlichen Expansion unent-

behrlich. Damit sind die orientalischen Juden auf der sozialen Stufenleiter zugleich eine Stufe höher gerückt, denn der arabische Arbeiter verrichtet weitgehend jene Arbeiten, die bisher von den Orientalen verrichtet wurden. Diese Hebung des sozialen Status auf der untersten Stufe hatte eine relativ günstige Wirkung. Es werden jetzt bereits mehr *Orientalen* in besseren Positionen beschäftigt als etwa noch vor drei Jahren. Die von manchen Arabern erhoffte Solidarisierung zwischen orientalischen Juden und Arabern gegen eine „europäische Oberschicht“ blieb indessen gänzlich aus. Im Gegenteil, die orientalischen Juden, die zum größten Teil selber aus arabischen Ländern kommen, bilden das eigentliche araberfeindliche Element im Land.

Auf der anderen Seite wirkt die zahlenmäßig bereits erhebliche *Einwanderung aus den USA und aus der Sowjetunion* (1970/71 über 10 000) stark verändernd. Diese beiden Gruppen sind zwar völlig verschieden. Bei den Amerikanern überwiegen die Angehörigen der freien Berufe. Ein großer Teil von ihnen ist akademisch gebildet. Die Einwanderer aus der Sowjetunion sind zu einem guten Teil georgische, also selbst orientalische Juden (ca. 5000 nach Statistical Abstract of Israel 1971). Es handelt sich vorwiegend um Bauern und Kleinhändler. Gemeinsam ist diesen Neueinwanderern, daß der Staat sie auf jeden Fall halten und weitere Einwanderer aus diesen Ländern ermutigen möchte. Sie erhalten daher ungewöhnlich große *Vergünstigungen*: billige und komfortable Wohnungen, Zollfreiheit für eingeführte Güter des gehobenen persönlichen Bedarfs (z. B. Autos), größere Überbrückungskredite etc. Der Neueinwanderer zeigt ganz andere Standards als der Einwanderer, der vor zehn oder zwanzig Jahren die Last des Aufbaus und der Verteidigung des Landes getragen hat. Während viele tausend junge israelische Ehepaare keine Wohnung finden oder bezahlen können, stehen in gehobenen Wohnvierteln Wohnungen als Reserve für zukünftige Einwanderer leer.

Das Novum in der *Einwanderungspolitik* der letzten Jahre ist nun, daß man — zum erstenmal — nicht davon ausgeht, den Neueinwanderern wenigstens minimale Anfangshilfen zu bieten, sondern daß man ihren Erwartungen so weit entgegenkommt, wie es nur möglich ist. Dabei werden zugleich auch neue Maßstäbe gesetzt: Der Neueinwanderer aus den USA gehört überwiegend dem unteren Mittelstand an. Der Staat versucht, ihm wenigstens entsprechende mittelständische Lebensbedingungen zu bieten. Auf diese Weise wird aber bei jenen, die aus den untersten Schichten kamen und welche nur zu diesen Bedingungen aufgenommen und integriert wurden, sozialer Neid geweckt, der um so heftiger ist, als auch der Arbeitnehmer die außerordentlich hohen Steuerlasten hierfür zu tragen hat.

Der soziale Neid findet aber noch auf einer anderen Seite Nahrung: Große Teile der Oberschicht sind der ursprünglichen Pioniergesellschaft entwachsen und setzen durch ihren offen zur Schau gestellten Reichtum und durch ihren fast uneingeschränkten Konsum neue Maßstäbe. Daß es diese *neue Oberschicht* gibt, ist nicht zuletzt die Folge der rapiden wirtschaftlichen Expansion, zu deren Förderung der Staat privatwirtschaftliche Investitionen begünstigt. Solche Begünstigungen hatten auch ein großes Maß an Korruption in der Verwaltung und in der Wirtschaft zur Folge. Die verhältnismäßig ruhigen

Monate des Waffenstillstandes gestatteten es der Öffentlichkeit aber, jeden unaufgedeckten Fall von Korruption, Bestechung oder auch nur Fehlinvestition mit großer Anteilnahme zur Kenntnis zu nehmen. Die soziale Unruhe artikuliert sich nicht in einer revolutionären Bewegung. Die Forderung nach Systemveränderung geht in Israel ins Leere. Ein großer Teil der

Produktionsmittel ist ohnehin in den Händen von Arbeiterkooperativen, der Gewerkschaft oder des Staates. Die soziale Unruhe artikuliert sich vielmehr in einer Kritik am Establishment der Gesellschaft und der Parteien, von denen ein Mehr an Initiative, aber auch ein Mehr an Sauberkeit und schließlich ein Mehr an Zurückhaltung im Konsum verlangt wird.

## Dokumentation Synode (I)

### Erste Vorlagen der Sachkommissionen

Auf ihrer Sitzung vom 7./8. 1. 1972 lagen der Zentralkommission der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik fünf Entwürfe aus den Sachkommissionen vor, die bereits auf der ersten Arbeitssitzung der Synode vom 11. bis 14. Mai 1972 in erster Lesung behandelt werden sollen. Es sind dies aus Kommission I („Die Beteiligung der Laien an der Verkündigung im Gottesdienst“), aus Kommission II („Taufe“ und „Buße und Bußsakrament“), aus Kommission VIII („Strukturen der Mitverantwortung in der Kirche“), aus Kommission IX („Rahmenordnung für die pastoralen Strukturen im Bistum“ und „Rahmenordnung für die Leitung und Verwaltung der Bistümer in der Bundesrepublik“). Zu mehreren dieser Entwürfe machte die Zentralkommission Änderungsvorschläge. Die zuständigen Kommissionen haben sich in ihren Sitzungen von Mitte Januar bis Mitte Februar nochmals damit befaßt und einzelne Aussagen präzisiert. Zwei weitere Vorlagen, für die im Anschluß an die Auseinandersetzungen um Publik zwei gemischte Kommissionen gebildet wurden und über die ebenfalls bereits auf der Maisitzung beraten werden soll („Grundsätze für ein Gesamtkonzept kirchlicher Publizistik“ und „Grundsätze für die Strukturen kirchlicher Entscheidungsgremien und -prozesse“), müssen erst in den nächsten Monaten erstellt werden. Eine weitere Vorlage (über die Wiederzulassung geschiedener Wiederverheirateter zu den Sakramenten), die von der zuständigen Kommission IV ursprünglich ebenfalls für die Maisitzung vorgesehen war, konnte der Zentralkommission nicht mehr bis Jahresbeginn vorgelegt werden, wurde aber inzwischen (auf der Sitzung der Kommission IV Ende Januar) ebenfalls „mit großer Mehrheit“ verabschiedet (vgl. HK, Februar 1972, 69 ff). Von den bisher fertiggestellten Entwürfen veröffentlichen wir hier zwei, die Papiere über die Beteiligung der Laien an der Verkündigung im Gottesdienst aus Kommission I und über Buße und Bußsakrament aus Kommission II. Aus Raumgründen beschränken wir uns auf die Wiedergabe des Wortlauts; wegen der teilweise umfangreichen „Erläuterungen“ verweisen wir auf die „Amtlichen Mitteilungen“ des Sekretariats der Synode. Wir hoffen, diese Dokumentation in den nächsten Heften fortsetzen zu können.

### Die Mitwirkung des Laien bei der Verkündigung im Gottesdienst

Dieser Entwurf rangierte ursprünglich unter dem Stichwort „Laienpredigt“. Wie den beigegeführten Erläuterungen der Kommission zu entnehmen ist, wollte man das Thema aus zwei Gründen weiter fassen: erstens weil das Thema Laienpredigt (wegen schwärmerischer Auswüchse sowohl im katholischen Mittelalter wie in der Frömmigkeitgeschichte der Reforma-

tionskirchen) historisch belastet ist, zweitens weil das Kirchenrecht (can 1342 § 2) die Laienpredigt immer noch verbietet, wenn in letzter Zeit von römischer Seite auch Ausnahmen zugelassen wurden. Die Vorlage versucht, die mögliche Rolle des Laien in der Verkündigung im Gottesdienst in das Gesamtzeugnis der Gemeinde, das auch über den Gottesdienst hinaus (im Familien- und Gruppengespräch) stärker aktiviert werden soll, einzuordnen. Die Vorlage sieht zwei Formen der Beteiligung des Laien vor: die Form des Einzelzeugnisses innerhalb bestimmter Gottesdienste oder bei bestimmten Anlässen oder die ständige Beauftragung, die jedoch durch den Bischof erfolgen muß. Ein Begleitmotiv der Vorlage war, die zahlreichen Laientheologen für die direkte kirchliche Verkündigung in größerem Umfang zu gewinnen. Auf sie wird eigens hingewiesen.

#### 1. Zur Situation

1.1 Auf die Frage, wie es um die Verkündigung in unseren Gemeinden stehe, gibt es verschiedene, zum Teil gegensätzliche Antworten. Einerseits weist man darauf hin, daß die Verkündigung seit Jahren an theologischem Gewicht gewonnen hat, daß sie sich stärker an der Bibel orientiert, ja daß sie heute als die vordringlichste pastorale Aufgabe gilt. Andererseits wird festgestellt, daß sie gleichwohl weit hinter dem zurückbleibt, was die Gegenwart fordert; ihr Problembewußtsein sei unterentwickelt, ihre Sprache lebensfremd, ihr anspruchsvolles und selbstbewußtes Auftreten — zumal im Gottesdienst — sei dem modernen Menschen nicht mehr zumutbar. Weiter wird die Sorge geäußert, daß unverzichtbare Glaubenswahrheiten dem Bemühen um Aktualität geopfert werden oder daß heutige Reformbestrebungen häufig nur alte Klischees durch einen neuen Jargon ablösen.

1.2 Es hat keinen Sinn, diese Antworten gegeneinander auszuspielen oder einer von ihnen die Glaubwürdigkeit abzuspüren; es ist davon auszugehen, daß sie alle einen realen Erfahrungshintergrund haben und in ihrer Gegensätzlichkeit ernst genommen werden wollen. Denn sie bringen die Grundschwierigkeiten aller Verkündigung zum Ausdruck. Die Verkündigung soll zugleich biblisch und aktuell sein, sie soll die Überlieferung des Glaubens wahren und den Problemen des einzelnen und der Gesellschaft gerecht werden. Dies ist heute erheblich schwieriger geworden als früher.

1.21 Die Botschaft des Evangeliums traf schon immer auf unterschiedliche Hörer; aber die Probleme der Menschen waren doch einigermaßen nach Alter, Geschlecht und Berufsstand zu ordnen; darüber hinaus hatten die Gemeinden eine ziemlich eindeutige Prägung durch ein bestimmtes Milieu und durch gemeinsame Überzeugungen. Dagegen finden sich heute durch die Differenzierung der modernen Gesellschaft die gegensätzlichsten Erwartungen auf engstem Raum beieinander. Soll sie den einzelnen Menschen erreichen, müßte also dieselbe Botschaft